

Die ungarische Deputation in Wien.

Wieder ist eine äußerst merkwürdige Woche verflossen. Das Bedeutendste, was sie brachte, war die Deputation, von der ungarischen Nationalversammlung nicht an den König, nicht an das Ministerium, sondern an die Reichsversammlung gesendet. Sie bestand aus 16 Mitgliedern des ungarischen Parlamentes, hatte Deak an ihrer Spitze, und wollte Hilfe gegen die Kroaten verlangen. Die Ankunft dieser Deputation drängte alle anderen Tagesbegebenheiten in den Hintergrund, und Wien horchte mit der gespanntesten Erwartung, ob auf das Pochen der Ungarn an die Pforte des Reichstagsaales das inhaltschwere, in seinen Folgen höchst bedeutsame »Herein!« ertönen würde. Allerdings sprachen kräftige Stimmen sich gegen die Beachtung der Geschäftsordnung in einem so außerordentlichen Falle und für den Empfang der Deputation aus. Wir geben hier einzelne, abgebrochene Äußerungen.

So z. B. sagte Borrosch: »Meine Herren, wie wollen wir hoffen, das Verfassungswerk zu Ende zu führen, wenn der Bürgerkrieg uns umwüthet? Ich wünsche, der Reichstag möge nicht als eine Exekutivgewalt, wohl aber als eine beratende, vermittelnde Macht wirken. Niemand zweifle an meinen Gesinnungen; ich verkenne durchaus nicht Ungarns Fehler. Aber ich fordere Sie auf, meine Herren, der Stimme Ihres Herzens zu folgen; Sie können vielleicht eine parlamentarische, gewiß aber keine moralische Niederlage erleiden.«

Löhner sprach: »Dulden Sie nicht, meine Herren, daß zwei Nationalitäten sich zerstörend bekriegen. Ich weiß, daß die Klagen der Kroaten gerecht sind. Aber ich weiß nicht, von welchem Volksrathe der Führer der Kroaten seine Vollmacht empfangen hat. Dieser Führer, an der Spitze einer blindergebenen Armee, ist gefährlich, wenn man nicht weiß, welcher Minister seine Handlungen verantwortet. Kann denn die Freiheit an der Drau nicht bewahrt werden, ohne die Freiheit in Pesth zu unterdrücken? Nicht Kroaten, sondern k. k. Generale ziehen gegen Ungarn. Man soll dahin wirken, daß beide Nationen sich fest und klar in die Augen sehen; einem vermittelnden Volke wird man eher vertrauen, als einem Kabinete. Man wird sagen: »Wenn wir die Ungarn vorlassen, so müssen wir auch die Kroaten vorlassen.« Allerdings! Aber was haben die Kroaten in dieser Versammlung, welche der Mehrzahl nach slavisch ist, zu fürchten? Wenn Italien heute oder morgen spräche: »Ihr Volksvertreter sollt über unser Schicksal entscheiden, nicht Hofkommissäre und Generale!« oder wenn das in Warschau eingesargte

Volk an uns appelliren wollte, würden wir auch zur Tagesordnung übergehen? Meine Herren, ist Ungarn eine Leiche, dann werden wir um die Freiheit trauern!«

Schuselka sprach: »Die Inhumanität der Ungarn hat einen Bürgerkrieg hervorgerufen, der die Freiheit bedroht. Ich stimme deswegen für die Vorlassung der Deputation, damit die Kabinettspolitik zur Völkerverpolitik werde, und daß wir uns überzeugen, ob nicht etwa die Erbitterung des kroatischen Volkes mißbraucht werde, um die Sache der Freiheit zu Grunde zu richten. Lassen Sie uns einmal, meine Herren, authentische Berichte vernehmen.«

Helfert warnt, aus dem Reichstage einen National-Konvent zu machen.

Das Ministerium wird aufgefordert, dem Bürgerkriege Einhalt zu thun. Der Minister-Präsident Wessenberg spricht, dies sei stets die Bemühung des Ministeriums gewesen. Wessenberg spricht von einer Staatschrift, welche das Ministerium den Ministern Ungarns, jedoch ohne den gewünschten Erfolg, eingeschendet habe.

Minister Bach liest diese Schrift vor.

Löhner ist mit derselben unzufrieden, weil er nicht alle nothwendigen Punkte beantwortet findet, und überdies Stellen bemerkt, welche er mit dem Prinzip der Freiheit nicht zu vereinen vermag. Er wünscht, die Geschichte der mit den einzelnen Provinzen geschlossenen pragmatischen Sanktionen wäre in dieser Schrift enthalten. Er wünscht die Drucklegung dieser Schrift. »Diese setzt die alten Rechte der Stände den neuen Errungenschaften gegenüber; da haben aber auch wir kein Recht, hier versammelt zu sein. Wenn der Vortheil des Staates die Versprechungen des Kaisers ungiltig macht, wie werden da unsere Errungenschaften sicher sein? Weh uns, wenn die Geschichte vor dem 13. März zu Gericht sitzt über die Geschichte nach dem 13. März! Lassen wir nicht den Ungarn ihre Freiheit rauben, denn sonst könnte der Zustand fort dauern, daß Jellachich 60,000 Mann kommandirt, ohne einem Ministerium verantwortlich zu sein!« —

Die Gegenpartei machte Vorstellungen, daß der Reichstag durch den Empfang der ungarischen Deputation die Grenzen seiner Befugnisse überschreiten und sich zur Exekutivgewalt bilden würde. Die Mission des Reichstages sei, das Verfassungswerk zu berathen, nicht aber Gesandtschaften zu empfangen, und so den Kaiser und das verantwortliche Ministerium zu übergehen.

Diese Vorstellungen siegten. Die Entscheidung der Reichsversammlung lautete: Die ungarische Deputation sei nicht vorzulassen.